

vorgetragen wird, um einen Dialog mit Vietnam über einen Truppenabzug und die Konstituierung einer neuen Koalitionsregierung in Phnom Penh zustande zu bringen.

1981, unter dem Eindruck des ungebrochenen kambodschanischen Widerstandes und seiner weltweiten Isolation, hatte Vietnam das ZOPFAN-Konzept grundsätzlich als Verhandlungsbasis akzeptiert, um es dann gleich wieder mit einem eigenen 7-Punkte Plan zu relativieren, der auf eine Art Koexistenz von 2 Staatenblöcken, Indochina und ASEAN, abzielte.

Seit diesem doppelbödigen Manöver stagnierten die politischen Lösungsbestrebungen, der Krieg intensiviert sich.

ASEAN bemühte sich um eine militärische Aufrüstung des, ihm besonders "nahestehenden" Khmer-Widerstandes, der sogenannten Nationalisten des ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sann.

Zwischen Krieg und Kompromiß - ein Hoffnungsschimmer?

Erst 1984 kamen die politischen Fronten wieder in Bewegung, ausgelöst vor allem auch durch innere Entwicklungen der kambodschanischen Widerstandskoalition.

In einer, auf der ordentlichen Ministertagung am 9./10. Juli 1984 verabschiedeten Resolution zur Kambodscha-Frage wurde von ASEAN die Formel Prinz Sihanouks aufgegriffen, der zur Versöhnung aller vier politischen Gruppierungen Kambodschas aufgerufen hatte. Neben den Widerstandsgruppen um ihn selbst, um Son Sann und die Roten Khmer war darin auch die pro-vietnamesische Regierung Heng Samrin eingeschlossen. Am 10. September kam dann die malaysische Initiative zur Schaffung einer "Atomwaffenfreien Zone", ohne wie betont wurde dies von einer politischen Lösung der Kambodscha-Frage vorher abhängig zu machen. Ein erster praktischer Schritt der Zusammenarbeit soll ein besseres Klima schaffen, dieser Gedanke schimmert durch.

Die Reaktion der anderen ASEAN-Staaten war abwartend bis zögernd positiv.

Die Antwort Vietnams scheint die bisher wohl schwerste militärische Trockenzeitoffensive zu sein. Ohne die schweren Verluste des kambodschanischen Widerstandes zu unterschätzen - die bis jetzt vorliegenden Informationen sprechen dafür, daß der vietnamesischen Armee die "militärische Lösung" auch diesmal nicht gelingen wird.

Der Khmer-Widerstand hat mit seiner prinzipiellen Akzeptierung Heng Samrins als Koalitionspartner bei einem Abzug der Vietnamesen einen entscheidenden

Schritt hin auf einen Kompromiß getan -voll unterstützt von ASEAN.

Vietnam muß entscheiden: Fortsetzung von Terror und Gegenterror oder echte Verhandlungen mit dem Khmer-Widerstand.

Vor diesem Hintergrund könnten auch Gespräche über eine "Atomwaffenfreie Zone" einen Hoffnungsschimmer bedeuten: für das leidende kambodschanische Volk und ganz Südostasien.

Frithjof Schmidt

- Kommentar -

EIN "MODELL" BEKOMMT RISSE

5 Jahre EG - ASEAN Kooperationsvertrag

Seit auf bundesdeutsche Initiativen hin im November 1978 in Brüssel die erste gemeinsame EG-ASEAN Aussenministerkonferenz tagte und eine 43-Punkte Erklärung über die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Regionalorganisationen abgab, ist es im Gespräch: das "Modell ASEAN-EG" als Beispiel für einen neuen Typ von Beziehungen zwischen Industriestaaten und Ländern der 3. Welt.

Als das "Modell im März 1980 in Kuala Lumpur in ein offizielles Kooperationsabkommen gegossen wurde, sah Bundesaußenminister Genscher darin gar den "Auftakt zu einer neuen globalen Friedensstrategie" (FAZ v. 11.03.1980), sozusagen einen historischen Beitrag zur Lösung des Nord-Süd-Konfliktes.

Seitdem wird das "Modell ASEAN" überall da als Vorbild hingestellt, wo es um eine Zusammenarbeit mit Staatengruppen in der 3. Welt geht:

etwa gegenüber der Southern African Development Conference (SADCC), gegenüber dem südamerikanischen Andenpakt und dem zentralamerikanischen gemeinsamen Markt (MCCA).

Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, daß das "Modell ASEAN" in den letzten Jahren zu einem Schlüsselbegriff geworden ist, wenn es um die Ansätze zu einer selbständigen EG-Globalstrategie geht.

Hohe Ansprüche standen also im Hintergrund, als sich Mitte November 1984 in Dublin die Außenminister von EG und ASEAN zum 5. Mal seit Inkrafttreten des Kooperationsabkommens trafen, um die bisherige Entwicklung der Zusammenarbeit zu bilanzieren. Um es vorweg zu sagen: als es in



Dublin konkret wurde, da blieb vom hochgelobten Modell nicht viel mehr übrig als von den bekannten Sonntagsreden der Politiker.

Schon im Vorfeld der Konferenz hatte ASEAN die Industriestaaten allgemein angeklagt, daß sie durch protektionistische Maßnahmen eine Ausweitung der ASEAN-Exporte verhinderten - und die EG davon nicht ausgenommen. ASEAN sei gezwungen, ihre Waren zu so niedrigen Preisen zu verkaufen, daß einige Abnehmerländer sie nach Bearbeitung "mit viel mehr Profit als wir je machen" an die ASEAN-Länder zurückverkaufen. (vgl. SZ v. 15.10.1984)

Die Industrieländer als die eigentlichen Gewinner bei Handelsbeziehungen, dieses allgemeine Muster der Nord-Süd Beziehungen trifft auch auf das Verhältnis EG-ASEAN zu, wie folgende, in Dublin bilanzierte Zahlen, zeigen:

Zwischen 1980 und 1983 hat die EG ihre Einfuhren aus den ASEAN-Raum lediglich um 15% erhöht, ihre Ausfuhren dorthin aber um 70% steigern können. Von 1981 an war die EG Handelsbilanz gegenüber ASEAN aktiv, die Summe der Exporte also größer als die der Importe. (vgl. Handelsblatt v. 16.11.1984)

In Dublin standen die ASEAN-Länder als die großen Verlierer des Kooperationsabkommens da. So war ihre Forderung nach einer weiteren Öffnung der EG-Märkte, nach Gewährung höherer zollfreier Kontingente für ihre Hauptausfuhrprodukte nur logisch.

Die Reaktion der EG lief auf eine, mit schönen Worten verbrämte, brüske Ablehnung jeden Entgegenkommens hinaus.

Die Verärgerung des malaysischen Ausserministers etwa war so groß, daß er offen die Frage aufwarf, ob die Gemeinschaft überhaupt noch an einer Zusammenarbeit mit ASEAN interessiert sei! (vgl. v. 19.11.1984)

Denn obwohl die EG-Ministerrunde, allen voran Bundeswirtschaftsminister Bangemann, blumig ihr Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen formulierte, konnte sie sich auf keine konkrete Zusage einigen.

Im Hintergrund steht ein interner EG-Konflikt.

Vor allem Frankreich will den AKP-Staaten und den assoziierten Mittelmeerländern wirtschaftspolitische Priorität vor den ASEAN-Staaten einräumen, während die Bundesrepublik sich für eine Gleichbehandlung stark macht. Unterschiedliche Expansionsinteressen stoßen hier aufeinander. Das Ergebnis in Dublin war eine Art Blockade. Alles geht weiter wie bisher.

So bleibt es wohl nicht nur den ASEAN Außenministern schleierhaft, was nach den Erfahrungen seit 1980 an diesem Kooperationsabkommen noch "modellhaft" sein soll.

Es hat zu einer Ausweitung des Handels geführt - von der nach klassischem Muster die Industrieländer zuerst profitieren.

In allen anderen Bereichen wirtschaftlicher "Zusammenarbeit" herrscht Stagnation vor, so lautet das halboffizielle Resümee der Dublin-Konferenz.

Der Lack vom "Modell EG-ASEAN" beginnt abzublättern - das häßliche Muster der traditionellen Weltwirtschaftsordnung darunter wird sichtbar.

Frithjof Schmidt

NACHRICHTEN

REPORT ÜBER DIE MENSCHENRECHTS-SITUATION IN DER ASEAN-REGION 1984

Der Regionalrat für Menschenrechte in Asien hat vom 29.11. - 01.12.1984 seine 2. Generalversammlung in Bangkok abgehalten. Der Rat diskutierte die Berichte seiner nationalen Gruppen aus Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Thailand.

Der Rat mußte danach feststellen, daß sich die Menschenrechtssituation in diesen Ländern seit 1983 nicht verbessert hat.

Im Gegenteil, es wurden verschärfte Einschränkungen der Versammlungs-, Meinungs- und Or-

ganisationsfreiheit festgesetzt, verbunden mit einer Tendenz zur Ausweitung der Macht und des Einflusses des Militärs. Insbesondere die Praxis der Vorbeugehaft besteht in starkem Maße, und das Grundrecht auf persönliche Unversehrtheit ist stark gefährdet. Nach Feststellung des Rates lassen die Rechte der Frauen und Kinder in besonderem Maße "zu wünschen übrig". Die ländlichen und städtischen Arbeiter erhalten keine angemessenen Löhne für ihre Arbeit und allgemein hat sich die Kluft zwischen arm und reich weiter vergrößert.

Als positiven Punkt in einem "ansonsten dunklen und bedrückenden Bild" betrachtet der Rat die Entstehung von spontanen Aktionsgruppen der Bevölkerung, die Selbstorganisation in "Graswurzel-Gruppen" in einigen Gebieten der Region.

Positiv wurde auch vermerkt, daß die Kampagne des Rates gegen die Praxis einer unbefristeten Vorbeugehaft dazu geführt hat, daß im letzten Jahr die Zahl der Entlassungen in der Regel größer war, als die Zahl der neuen Verhaftungen.

Der Rat fordert ASEAN dringend auf, ohne Verzögerung eine offizielle Menschenrechtskommission einzurichten.

Das Programm des Rates für 1985 umfaßt folgende wesentliche Punkte:

Der Rat fordert alle Regierungen der Region auf, die bestehenden Beschränkungen der Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit aufzuheben und die Bildung, bzw. die Arbeit von unabhängigen Organisationen der Bevölkerung zu ermutigen; ferner fordert er von den Regierungen Schritte gegen den Verfall der Löhne und gegen die Ausbeutung von Frauen und Kindern als Sex-Objekte, bzw. als Arbeitskräfte.

1985 soll die Kampagne gegen die Vorbeugehaft und für die Entlassung der politischen Gefangenen in der Region fortgesetzt werden.

Der Rat für Menschenrechte in Asien strebt dabei eine Stärkung der Verbindung zu anderen Menschenrechtsgruppen in der Region bei der Verfolgung der gemeinsamen Ziele an.

- eigener Bericht nach einem Dokument des Regional Council on Human Rights in Asia

ASIATISCHE STUDENTENBEWEGUNG UND DIE HERAUSFORDERUNGEN DER 80er JAHRE -EINE ASA-KONFERENZ

Die Asian Students Association (ASA) hat in Khon Kaen/Thailand

einen internationalen Workshop zum Thema "Asiatische Studentenbewegung vor den Realitäten und Herausforderungen der 80er Jahre" mit Teilnehmern aus Thailand, den Philippinen, Indonesien, Malaysia, Singapur, Japan, Hong Kong, Australien, Neuseeland, Bangla-Desh, Indien, Nepal Pakistan und dem Irak durchgeführt.

Ausgehend von einer Debatte über die Entwicklung der Studentenbewegung im letzten Jahrzehnt, erarbeitete der Workshop Charakteristika einer fortschrittlichen Studentenbewegung:

-Kampf für eine Gesellschaft, die ökonomisch, politisch und kulturell frei von allen Formen der Ausbeutung ist

-Kampf für die grundlegenden demokratischen Rechte des Volkes -entschlossenes Auftreten gegen die Herausforderungen durch reaktionäre Kräfte.

Das waren die entscheidenden Punkte, die hier benannt wurden. Bei der Diskussion über die Frage, wie eine starke, progressive Studentenbewegung aufgebaut werden könnte, wurde besonders eine Verbindung mit anderen Bewegungen im Volk als Notwendigkeit betont.

Schließlich wurden für die Länder des ASA-Organisationsbereichs jeweils die "brennendsten Probleme", die durch die Studentenbewegung aufgegriffen werden sollten, herausgearbeitet.

Für die Länder des ASEAN-Bereichs waren dies in:

Malaysia - der Kampf der Bevölkerung von Papan gegen die Lagerung radioaktiver Abfälle - die Forderung nach der Aufhebung repressiver Gesetze, wie die Verordnungen zur Inneren Sicherheit usw.

Thailand - die Forderung nach bedingungsloser Freilassung von Chontira Satayawattya und anderer politischer Gefangener - die Kampagne zur Aufhebung des Anti-Kommunisten Gesetzes - die Kampagne zum Boykott von Luxusgütern aus Japan

Philippinen - die Forderung nach Beendigung der amerikanischen, australischen, neuseeländischen und japanischen wirtschaftlichen und militärischen Hilfe für das Marcos-Regime

- der Kampf des Volkes für die Auflösung der US-Basen, gegen die Militarisierung und den staatlichen Terrorismus

Indonesien - der Kampf gegen die scharfe politische Repression - der Kampf Ost-Timors um Selbstbestimmung